



©Albrecht Molle

Die Engpässe auf den Gehwegen der Oderberger Straße sollen im Zuge der Sanierung wieder verschwinden.

Streit um Straßengrün

Anwohner fordern Erhalt der Flora in der Oderberger Straße **Von Albrecht Molle**

Auch in unserem Bezirk gibt es kaum ein kommunalpolitisches Thema, das die Gemüter stärker in Wallung bringt als Straßenumbauten. Jüngstes Beispiel: die vom Tiefbauamt für 2009 vorgesehene Sanierung der Oderberger Straße im Sanierungsgebiet Teutoburger Platz. Konkret geht es da um die denkmalgerechte Reparatur der schadhafte Gehwege, die Erneuerung der bituminösen Fahrbahndecke und den Bau von Gehwegvorstreckungen, zum Beispiel am neuen Zugang zum Hirschhof. Für diese Maßnahmen, die auch in den erst kürzlich für das Gebiet beschlossenen verkehrlichen Sanierungszielen als dringend eingestuft werden, stehen 2,5 Millionen EUR aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« zur Verfügung.

Aufmüpfiger Kiez

Dem bündnisgrünen Bezirksstadtrat für öffentliche Ordnung und Verkehr, Jens-Holger Kirchner, der selbst aus der Bürgerbewegung kommt, war natürlich bewusst, dass es in einem traditionell aufmüpfigen Kiez wie dem an der Oderberger Straße, angebracht

sein würde, den Anwohnern schon frühzeitig Gelegenheit zu geben, sich zu dem Umbauvorhaben vor ihrer Haustür zu äußern. Schließlich hatte hier eine couragierte Bürgerinitiative schon 1987 den geplanten Abriss von Gründerzeithäusern verhindert, sich mit dem Hirschhof ein lauschiges Refugium erstritten und nach der Wende unter dem Motto »Wir bleiben alle!« gegen sanierungsbedingte Mieterverdrängung mobil gemacht.

»Wir wollen rechtzeitig mit den Bewohnern reden, auch über die uns vorliegenden Beschwerden über den üppig wuchernden Wildwuchs und die von den Betreibern der Schankvorgärten, Boutiquen und Secondhandläden illegal aufgestellten Pflanzkübel im Gehwegbereich. Das hat zwar alles seinen Charme, aber auch seine Grenzen, denn es macht es Passanten, vor allem Rollstuhlfahrern und Müttern mit Kinderwagen, immer schwerer, sich auf den Bürgersteigen einigermaßen ungehindert und sicher zu bewegen«, erklärte Kirchner zu Beginn einer gut besuchten Bürgerversammlung am Abend des 12. September im BVV-Saal in der Fröbelstraße 17 in Prenzlauer Berg, zu der die

Betroffenenvertretung Teutoburger Platz eingeladen hatte.

Entschlossener Stadtrat

Es dauerte lange, ehe zwischen den zahlreich erschienenen Gegnern des Vorhabens, von denen viele jede Veränderung des augenblicklichen Zustands rundweg ablehnten, und der kleinen Gruppe von Befürwortern, die fast ausschließlich aus Mitarbeitern der Bezirksverwaltung und des Sanierungsbeauftragten S.T.E.R.N. sowie Vertretern des vom Bezirk beauftragten Planungsbüros bestand, schließlich Einvernehmen herrschte, den Dialog nicht abubrechen, sondern sich in den Räumen der Betroffenenvertretung in der Templiner Straße in kleinerem Kreis nochmals zusammzusetzen, um nach einem Kompromiss zu suchen. Zuvor dominierte zum Teil lautstarker Protest gegen die »Entgrünung« der Oderberger Straße, die 1871 über das Grundstück einer Baumschule als Verbindungsweg zwischen Ebereswalder und Choriner Straße angelegt worden war. Angesichts einer ganzen Anzahl schriftlich vorliegender Anwohnerfragen zu den denkmalschutzrelevanten Aspekten des geplanten Straßenumbaus erwies es sich zudem als ausgesprochen fatal, dass die bezirkliche Denkmalschutzbehörde, die Auskunft hätte geben können, gar nicht eingeladen worden war. Zum Schluss sah sich der von Zwischenrufen wie »Behaltet das Geld, wir lehnen den Umbau ab!« sichtlich genervte Stadtrat gezwungen, Tacheles zu reden: »Wir wollen und werden die Oderberger Straße auf alle Fälle umbauen, und ich bin froh, dass wir dafür von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aus dem Denkmalschutzprogramm Mittel erhalten. Für mich ist die Frage, wie wir sowohl ihrem Flair als auch der Aufgabe gerecht werden, für geordnetere, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Verhältnisse zu sorgen«. Dabei, so Kirchner, werde das Prinzip der Einzelfallprüfung auch für das umstrittene Straßengrün gelten, von dem so viel wie möglich erhalten bleiben soll. Diese Zusage sorgte schließlich für einen halbwegs versöhnlichen Ausklang der Veranstaltung.